

In den Index der Lebenshaltungskosten der CRG fließen 200 verschiedene Kategorien wie z.B. Kosten von Nahrungsmitteln, von Alkohol und Tabak, von Kleidung und Schuhen, von Haushaltsdienstleistungen, von persönlicher Pflege, Energiekosten, Telefongebühren sowie Kosten von Transport, Sport, Freizeit etc. (SCMP, 29.6.98; XNA, 1.7.98) -schü-

Zu den Prinzipien der Preisbestimmung zählen: a) Liegt der Preis für Marktgetreide über dem Protektionspreis, gilt der Marktgetreidepreis als Referenzpreis für fixe Quoten. b) Ist der Marktgetreidepreis geringer als der Protektionspreis, darf der zu bestimmende Preis für fixe Quoten nicht niedriger als der Protektionspreis liegen. Für Getreideverkäufe der Bauern, die über die Ablieferung ihrer fixen Quoten hinausgehen, soll der Marktpreis gelten. Nur wenn der Marktpreis niedriger als der Protektionspreis ist, soll dieser herangezogen werden. (Artikel 4)

(Artikel 21). (Xinhua News Agency, Domestic Service, Beijing, in Chinese, 11.6.98, nach SWB FE/D3254/CNS 16.6.98)

Die oben genannten Bestimmungen sind das Ergebnis einer landesweiten Konferenz zur Umstrukturierung des Getreidemarketing, die Anfang Mai d.J. stattfand. Hierbei ging es vor allem um die hohen Subventionen, die die Zentralregierung in den letzten Jahren leisten mußte. So stiegen diese Subventionen vor allem für die Getreidelagerung, da aufgrund der Überschüsse in den letzten drei Jahren die Lager immer voller wurden. Das Volumen von Getreideankauf und -lagerung belief sich im letzten Jahr auf rd. 100 Mio. t. (Schätzungsweise 50 Mio. t werden für die Ernährung der städtischen Bevölkerung benötigt. (SCMP, 4.5.98) Die Getreidereserven werden als ausreichend angesehen, um die chinesische Bevölkerung im Falle von Naturkatastrophen in zwei aufeinanderfolgenden Jahren mit Getreide versorgen zu können.

Binnenwirtschaft

21 Weiterhin strikte Bestimmungen für Getreideankauf, doch Dezentralisierung von Verantwortlichkeiten

Die Nachrichtenagentur Xinhua veröffentlichte am 11.6.98 umfassende Bestimmungen des Staatsrats für den Ankauf von Getreide. Die Bestimmungen verfolgen das Ziel (Artikel 1), das Management des Getreideankaufs zu stärken, die Ordnung im Getreidemarkt und das Getreideangebot zu sichern sowie die Rechte und Interessen der Getreideerzeuger zu schützen.

Den Bestimmungen nach sollen fixe Quoten für den Getreideankauf gelten, damit ausreichende Mengen Warengetreide von den Bauern abgeliefert werden. Für den Ankauf fixer Quoten sind die Lokalregierungen (Provinzen, Regionen, regierungsunmittelbare Städte) zuständig. Die staatseigenen Getreideankauf- und Getreidelagerunternehmen sind angewiesen, von den Bauern auch dann noch weiter Getreide anzukaufen, wenn diese ihre Ablieferungen auf der Basis fixer Quoten erfüllt und ihren Anteil zur Selbstversorgung einbehalten haben. (Artikel 3)

Beim Getreideankauf soll die staatliche Preispolitik strikt angewandt werden. Für den Getreideankauf gilt ein System des Protektionspreises, das den Bauern die Deckung der Produktionskosten und einen angemessenen Verkaufspreis für Getreide garantieren soll. Die Prinzipien, die diesem Protektionspreis zugrunde liegen, sollen vom Staatsrat festgelegt und das konkrete Preisniveau von den Lokalregierungen (Provinzen, Regionen, regierungsunmittelbare Städte) bestimmt und dem Staatsrat berichtet werden.

Der Getreideankauf darf nur von staatseigenen Getreideankauf- und Getreidelagerunternehmen durchgeführt werden, die eine Genehmigung von den Getreideabteilungen der Kreisregierungen erhalten haben. Keiner Organisation oder einzelnen Person ist der direkte Ankauf von Getreide bei den Bauern oder anderen Getreideproduzenten erlaubt. Die genehmigten Unternehmen dürfen auch nur Getreide innerhalb ihres Kreises ankaufen und nicht außerhalb dieser Region. (Artikel 5) Diese Unternehmen müssen nachweisen, daß sie ausreichende Getreidelagerkapazitäten besitzen sowie über geeignetes Personal für die Getreideprüfung und -lagerung verfügen. Außerdem müssen sie ein Konto bei der China Agricultural Development Bank haben und das Kreditmanagement der Bank akzeptieren. (Artikel 6)

Die Bestimmungen legen weiterhin fest, daß die lokalen Finanzabteilungen die Subventionen für Getreide (Zinsen und Gebühren für Reservegetreide) fristgerecht bereitstellen müssen. (Artikel 9) Auch verlangen die Bestimmungen, daß die staatseigenen Getreideankauf- und Getreidelagerunternehmen die Ankaufspreise und Qualitätsstandards zu veröffentlichen haben. (Artikel 10) Außerdem sehen die Bestimmungen harte Strafen für die Niederlassungen der China Agricultural Development Bank vor, die Finanzmittel für den Getreideankauf verspätet zuteilen oder für andere Zwecke als den Getreideankauf verwenden. (Artikel 15) Auch die Einbehaltung von Gebühren oder Steuern von den Bauern beim Getreideankauf durch die Ankaufsunternehmen wird nicht erlaubt und mit einem Bußgeld von 10.000 bis 50.000 Yuan belegt.

Im Vorfeld der Konferenz waren bereits die drängenden Probleme des Getreidemarketing angesprochen worden: 1) Die finanzielle Belastung des Staates ist enorm gestiegen, da Getreide zum Protektionspreis angekauft werden muß, um Produktionsanreize für die Bauern aufrechtzuerhalten. Im letzten Jahr beliefen sich die Subventionen auf 45 Mrd. Yuan. 2) Die staatseigenen Getreideunternehmen arbeiten nicht effizient, sie haben ein schlechtes Management, ungeeignete Lagerkapazitäten und zu viel Personal. Die Beschäftigtenzahl in diesen Unternehmen erhöhte sich in den letzten zehn Jahren von rd. 1 Mio. auf 4 Mio. Arbeitskräfte. 3) Finanzmittel werden zweckentfremdet, die für den Getreideankauf bestimmt sind. Die Verluste und Bankkredite der Unternehmen sind eine starke Belastung für die Finanzabteilungen und Banken. In der Provinz Sichuan beispielsweise stiegen die Schulden dieser Unternehmen seit 1993 auf rd. 6 Mrd. Yuan.

Um die vielfältigen Probleme zu lösen, schlugen einige Experten vor, zwischen den Verpflichtungen der Zentralregierung und denen der Lokalregierungen zu unterscheiden. Während die Zentralregierung für die gesamtwirtschaftliche Kontrolle und Regulierung von Getreide und Getreidelage-

lung verantwortlich sein sollte, müßten die Lokalregierungen für die Getreideproduktion und -distribution in ihrer Region zuständig sein. Gleichzeitig müßten die Banken die Aufsicht über die Mittel für den Getreidean-kauf stärken, um eine Zweckentfremdung der Gelder zu stoppen. (Zhongguo Tongxun She News Agency, Hong Kong, in Chinese, 13.4.98, nach SWB FE/D3201/CNS 15.4.98)

Nach Einschätzung anderer Experten ist das Grundproblem im Getreide-marketing, daß die staatseigenen Getreideunternehmen eine duale Rolle sowohl in der Lagerung als auch im Marketing spielen müssen. Die Manager könnten sich nicht entsprechend der Marktentwicklung verhalten; eigenständige Managemententscheidungen sind ihnen nicht erlaubt. Die staatseigenen Unternehmen haben zu viel Personal, zu hohe Kosten und zu niedrige Gewinne. In den letzten sieben Jahren sollen diese Unternehmen insgesamt mehr als 100 Mrd. Yuan (?) an Verlusten eingefahren haben. (XNA, 7.5.98) Auf der obengenannten Konferenz wurden die staatseigenen Getreideunternehmen dazu aufge-rufen, Getreide so anzukaufen und zu verkaufen, daß ein Gewinn gemacht werden kann. (XNA, 4.6.98)

Um den Mißbrauch von Subventionen durch staatseigene Getreideunter-nehmen und die hohen Verluste im bestehenden Marketingsystem einzu-dämmen, wurde im Juni d.J. eine um-fassende Überprüfung der Unterneh-men begonnen. Nach offiziellen Anga-ben sollen staatseigene Getreideunter-nehmen im ersten Quartal 1998 Ver-luste in Höhe von 27 Mrd. Yuan (??) gemacht haben; im gesamten Jahr 1997 sollen es 48 Mrd. Yuan und 1996 19,7 Mrd. Yuan gewesen sein. (SCMP, 9.6.98)

Die Dezentralisierung der Verantwort-lichkeit in der Preisgestaltung könn-te einem Bericht der *Financial Ti-mes* vom 7.5.98 zufolge dazu führen, daß die staatlichen Preise auf das Ni-veau der Marktpreise sinken, zu denen ca. 50 Mio. t der Gesamtgetreideern-te von 492 Mio. t im Jahre 1997 ver-kaufte wurden. Außerdem könnte es zu einem Auseinanderfallen der Preis-entwicklung kommen. Weiterhin verbin-de die Zentralregierung mit der Dezen-tralisierung die Vorstellung, daß Sub-ventionen von den Lokalregierungen übernommen werden, die bisher gänz-

lich von der Zentralregierung getragen werden. -schü-

22 Ankaufspreise für Baumwoll- le reduziert

Die vor kurzem angekündigte Ent-scheidung der Regierung, die staatli-chen Ankaufspreise für Baumwolle zu senken, wird zu Einkommensverlusten für die Bauern führen. Da die Baum-wollanpflanzung im März erfolgt war, die Preisreduzierung jedoch erst Mitte April bekannt wurde, hatten die Bau-ern nicht ausreichend Zeit, auf eine andere Pflanzung auszuweichen. Nach Einschätzung des Landwirtschaftsmini-steriums wird die Reduzierung der Preise für die rd. 150 Mio. baumwoll-produzierenden Bauern Einkommens-verluste von 963 Mio. US\$ mit sich bringen. (SCMP, 11.5.98)

Mit niedrigeren Preisen für den staat-lichen Ankauf von Baumwolle will die Regierung die Anreize für den Baum-wollanbau verringern und die hohen Lagerbestände von Baumwolle abbau-en. Die staatlichen Ankaufspreise für Baumwolle wurden von 700 Yuan für 50 kg auf 650 Yuan gesenkt. Au-ßerdem wurde festgelegt, Marktange-bot und -nachfrage in der Preisbil-dung stärker zu berücksichtigen, in-dem die Ankaufspreise in einer Band-breite von 5% unterhalb bzw. oberhalb des Durchschnittspreises schwan-ken dürfen. Regional gibt es ebenfalls unterschiedliche Ankaufspreise. So gilt für die Provinz Xinjiang, die im letz-ten Jahr 25% der gesamten Baumwoll-ernte stellte, eine Preissenkung von 630 Yuan auf 600 Yuan pro 50 kg.

Um Anreize für den Baumwollanbau zu setzen, hatte die Regierung in den letzten Jahren die Ankaufspreise stetig erhöht. Allein in den vergange-nen fünf Jahren verdoppelte sich der Baumwollankaufspreis von 330 Yuan im Jahre 1994 auf derzeit 700 Yuan. Diesem Anreiz war es auch zu ver-danken, daß die Baumwollproduktion von 3,73 Mio. t im Jahre 1993 auf 4,3 Mio. t zunahm. Trotzdem wurde China von 1993 an ein Nettoimporteur von Baumwolle. Im letzten Jahr wurden offiziell 750.000 t importiert, die tatsächliche Einfuhr soll um eini-ges höher sein. Da Schätzungen zu-folge die inländische Nachfrage jedoch bis zum Jahre 2000 auf 3,25 Mio. t zu-rückgehen wird, könnte China durch-

aus wieder zum Nettoexporteur wer-den.

Die Lager für Baumwolle sollen 1997 ein Volumen von rd. 700.000 t um-faßt haben, dies sind 38% mehr als 1996. Damit besteht eine Reserve an Baumwolle für sechs Monate, die da-mit doppelt so hoch wie die erforderli-che Reserve ist. Problematisch ist da-bei insbesondere die mangelnde Ka-pazität der Lagerunternehmen, die im letzten Jahr Verluste von rd. 1 Mrd. Yuan aufwiesen. Zusätzlich ergibt sich für die Baumwollexporteure aufgrund der Abwertung bei anderen Baumwoll-produzenten in Asien eine schlechte Konkurrenzsituation auf dem Welt-markt. Im 1. Quartal d.J. gingen die Aus-fuhren von Baumwollgarnen um 23% gegenüber der Vorjahresperiode zurück; die Exporte von Baumwoll-bekleidung sanken um 15%. Darüber hinaus ist die inländische Nachfrage nach Baumwolle rückläufig, da die Re-gierung derzeit eine Politik verfolgt, durch die die Produktionskapazitäten der Textilindustrie reduziert werden. So sollen im Verlauf der kommenden drei Jahre 10,76 Mio. Baumwollspin-deln abgebaut und die Gesamtkapazi-tät auf 30,94 Mio. Spindeln zurückge-führt werden. Hiervon sollen rd. 36% für synthetische Fasern eingesetzt wer-den.

Die Senkung der staatlichen Ankaufs-preise ist auch vor dem Hintergrund der Unterschiede zwischen Inlands- und Auslandspreisen zu sehen. So lie-gen die Preise für importierte Baum-wolle bei 14.000 Yuan pro Tonne, da-gegen beläuft sich der Inlandspreis auf rd. 16.700 Yuan pro Tonne. Auf-grund dieses Preisunterschieds und der Schwierigkeiten, eine Kontrolle über die Verwendung der Baumwoll-importe auszuüben, die nur für den Reexport von verarbeiteten Produk-ten erlaubt sind, sind große Mengen von Baumwolle aus dem Ausland auf dem Inlandsmarkt verkauft worden und haben zu dem Überangebot beigetragen. (XNA, 18.4. u. 29.4.98; SCMP, 4.5.98) -schü-

23 Negative Auswirkungen un- klarer Nutzungsrechte am Boden

In einem Artikel in der *Zhongguo Shichang Jingji Bao* vom 20.5.98 weist Chen Xiwen, Direktor der Forschungs-abteilung für ländliche Entwicklung,

darauf hin, daß die Umsetzung der Bodenpolitik aufgrund unklarer Rechte erschwert wird. Probleme sieht Chen insbesondere in den folgenden vier Bereichen: Erstens definiere die Politik zwar kollektive Eigentumsrechte am Boden, doch bleibe unklar, welcher Ebene des Kollektivs das Land gehöre. Aus diesem Grund gebe es wirtschaftliche Streitigkeiten und Eigentumsrechtskonflikte.

Zweitens lege die Politik zwar fest, daß die Bauern langfristige Bodennutzungsverträge abschließen könnten, doch bleibe unklar, wer diese Verträge eingehen könne. Die Bauern glaubten, daß jeder im Dorf Anspruch auf Land habe, so daß die Bodennutzungsverträge entsprechend der Bevölkerungsentwicklung angepaßt werden müßten. Notwendig sei es also, entstehende Konflikte um Bodenrechte aufgrund von Veränderungen der Bevölkerung zu lösen.

Drittens bestimme die Politik zwar, daß die Bauern, die Bodennutzungsrechte vertraglich übertragen erhalten, Abgaben leisten müssen, doch sei unklar, ob diese Gebühr eine Pacht oder Verwaltungsgebühr sei. Diese Mehrdeutigkeit habe zu vielen Problemen geführt. Wenn ein Dorf Geld benötige, würden die Bauern zur Kasse gebeten. Dies sei der Grund dafür, daß die Regierung nicht das Problem der willkürlichen Gebührenerhebungen der Lokalregierungen gegenüber den Bauern beenden könne, selbst nachdem wiederholt Anweisungen gegeben worden seien, die Belastungen der Bauern zu begrenzen.

Im Zuge der schnellen Wirtschaftsentwicklung in den 90er Jahren sei zunehmend mehr Land für nichtlandwirtschaftliche Zwecke verwandt worden. Eigentlich müßten die Bauern hierfür entschädigt werden. Die derzeitige Bodenpolitik in den Städten lege jedoch fest, daß Boden in ländlichen Gebieten nicht direkt in einen Sekundärmarkt übergehen könne; nur die Regierung dürfe das Land den Unternehmen geben. Dies habe zur Folge, daß Unternehmen und nicht die Bauern die Vorteile des Landverkaufs erhalten; dies würde von den Bauern als ungerecht empfunden.

Bei der Durchsetzung der Bodenpolitik sieht Chen auch das Problem, daß den Lokalregierungen von der Zentralregierung bzw. den Provinzregierungen

bestimmte soziale und wirtschaftliche Aufgaben übertragen werden, die in Gegensatz zur Bodenpolitik stehen. Hierzu zähle beispielsweise die Forderung, daß in den Dörfern Schulen, Krankenhäuser und Hygienestationen gebaut werden sollen, hierfür aber keine Finanzzuweisungen erfolgen. Um diese Aufgaben zu erfüllen und das Finanzierungsproblem zu lösen, würden die Funktionäre in den ländlichen Gebieten ihre Machtposition nutzen und das Land neu verteilen.

Chen wies auch auf das Problem hin, daß manchmal die Kader absichtlich gegen die Bodenpolitik verstießen. So habe die Zentralregierung bestimmt, daß die Bodennutzungsverträge eine Dauer von 30 Jahren haben sollten. Dagegen würden die Dorfleiter im Durchschnitt nur drei Jahre im Amt bleiben und alle zwei oder drei Jahre die Landverteilung verändern, obwohl sie dazu nicht befugt seien. Da die Landverträge auf einer Politik der Regierung basierten und nicht durch Gesetze abgesichert seien, würden die Kader für ihr Fehlverhalten nicht bestraft. Konflikte um Bodennutzungsrechte sind Chen zufolge zu einem zentralen Problem in den ländlichen Gebieten geworden. Notwendig sei es, daß die Regierung zusätzliche Bestimmungen für die Bodennutzung festlege und auch die Probleme im ländlichen Steuersystem löse. Da überschüssige Beschäftigte in der Verwaltung die Bauern ebenfalls belasteten, sollte außerdem eine Reform der ländlichen Regierungsorganisationen erfolgen. (SWB FE/D3263/CNS 26.6.98)

Die Frage der Landzuteilung und -nutzung ist für die Bauern Chinas von zentraler Bedeutung. Dementsprechend sind die von Chen Xiwen angesprochenen Aspekte wichtig für das Verständnis der Situation und der Probleme der Bauern in den ländlichen Gebieten.

Agrarisch nutzbares Land wurde im Zuge der Wirtschaftsreformen zunehmend für andere Zwecke verwendet. In den letzten zehn Jahren belief sich der Umfang dieser Flächen auf 1,97 Mio. Hektar. Außerdem gingen durch strukturelle Anpassungen in der Landwirtschaft und Naturkatastrophen weitere 4,7 Mio. Hektar Land verloren. Nach der offiziellen Statistik liegt die Gesamtfläche bei 130 Mio. Hektar (eine Angabe, die sehr umstritten ist) und bei pro Kopf 0,1

Hektar Ackerfläche. (XNA, 28.4.98) Trotz dieser kritischen Entwicklung machte eine Untersuchung deutlich, daß die Ackerflächen in vielen Fällen nicht optimal genutzt werden. Die Untersuchung zeigte, daß 115.600 Hektar Land längere Zeit brach gelegen haben und nicht wieder rekultiviert werden konnten. Von diesem Land waren 70% für Bauprojekte reserviert worden. (12.6.98) -schü-

24 Umstrukturierung im Chemiesektor dauert an

Einem Bericht der *China Business Weekly* nach sollen alle Unternehmen der Petrochemie unter die Kontrolle von zwei petrochemischen Konglomeraten, der China Petrochemical Corp. (Sinopec) und der China National Petroleum Corp. (CNPC), zusammengefaßt werden. Sinopec soll Unternehmen in Ost- und Südostchina kontrollieren, einschließlich der Beijing Yanshan Petrochemical Group und der Tianjin Petrochemical Co. Die Zusammenfassung und Kontrolle der Unternehmen erfolgte vertikal und schließt Unternehmen aller Produktionsphasen von der Erdölerschließung bis zur Produktvermarktung ein. Der Schwerpunkt von Sinopec wird auf der industriellen Produktion und dem Marketing liegen.

Die CNPC wird die Erschließung und Förderung von Erdöl in der Provinz Heilongjiang in Nordostchina, in der Autonomen Region Xinjiang in Nordwestchina, in Tibet und Sichuan in Südwestchina übernehmen. Die CNPC soll außerdem auch einen Teil der petrochemischen Produktion durchführen. Die Reorganisation des petrochemischen Sektors wird durch das State Petrochemical Industry Bureau als administrativer Kontrollstruktur überwacht werden.

Hintergrund des Zusammenschlusses ist die Situation der Erdöl- und petrochemischen Industrie. So konnte die Erdölförderung in den letzten Jahren nur geringfügig erhöht werden und die steigende inländische Nachfrage nicht decken. In diesem Zusammenhang wird die Entwicklung neuer Management- und Informationssysteme durch die zwei Unternehmensgruppen von der *China Business Weekly* als ein Bemühen gesehen, die Effizienz zu steigern. Weiterhin sollen die Hauptgeschäftsstellen der zwei Unter-

nehmensgruppen als Investitionszentren funktionieren, während die angeschlossenen einzelnen Unternehmen für die Kontrolle der Produktionskosten zuständig sind. (SCMP, 22.6.98; AWSJ, 22.6.98) -schü-

25 Regierung schließt zwei insolvente Finanzinstitute

Die chinesische Zentralbank hat im Juni die Hainan Development Bank (HDB) und das Investmentunternehmen China Venturetech Investment Corp. (CVIC) wegen Zahlungsschwierigkeiten geschlossen. Dieser Schritt wurde bei ausländischen Analysten als Signal dafür angesehen, daß es die Regierung ernst mit der Umsetzung bestehender Reformpläne und Gesetze im Bankensektor meine und aus der Bankenkrise der Nachbarstaaten gelernt habe.

Die Probleme des Finanzsektors werden in Hainan als besonders gravierend angesehen. Durch eine Kombination von Korruption, nachlässig gehandhabten Bestimmungen und verbreiteter Spekulation in den 90er Jahren habe sich eine lokale wirtschaftliche Krise entwickelt. (FT, 23.6.98; AWSJ, 24.6.98) Die Bank, deren größter Teilhaber die Provinzregierung Hainan ist, habe seit ihrer Gründung im Jahre 1995 jedes Jahr Verluste gemacht. Obwohl die Zentralbank darüber informiert gewesen sei, habe sie nicht früher interveniert. Erst im Zuge der Asienkrise sei es der Zentralbank klar geworden, daß die Probleme nicht länger ignoriert werden könnten. (AWSJ, 24.6.98)

Die HDB wurde von der Zentralbank unter Zwangsverwaltung der Industrial and Commercial Bank of China (ICBC) gestellt. Die Zentralbank hat diese Entscheidung damit begründet, daß die HDB nicht mehr in der Lage gewesen sei, ihren Zahlungsverpflichtungen nachzukommen und daß die Anleger vor weiterem Schaden geschützt werden müßten. (FT, 23.6.98) Wichtigste Ursache für die Liquiditätsprobleme der HDB sollen angeblich uneinbringliche Immobilienkredite sein. Außerdem habe die HDB auf Anweisung der Zentralbank bei der Verschmelzung von 32 lokalen Finanzinstituten deren ausstehende Kredite übernehmen müssen. Unter Liquiditätsdruck sei die Bank geraten, als sie auf Verlangen der Zentralbank die Ak-

tivzinsen der lokalen Institute auf den offiziellen Zinssatz habe senken müssen, da die Kunden dann ihre Anlagen abgezogen hätten. (NZZ, 23.6.98)

Die Schließung des Investmentunternehmens CVIC erfolgte ebenfalls, weil das Unternehmen in Zahlungsschwierigkeiten war. Auch die CVIC mußte hohe Verluste aus Immobiliengeschäften und nicht genehmigten Spekulationsgeschäften in Auslandswährung hinnehmen. Nach der Schließung werden diese Geschäfte von der China Huarong Trust and Investment Corp. (ICBC) übernommen.

Es handelt sich bei der CVIC um eine der ältesten und größten Treuhand- und Investmentgesellschaften, in deren Schaltstellen angeblich Beamte und Verwandte arbeiten sollen, die sich aus der Familie von Deng Xiaoping und von Chen Yun rekrutierten. So zählt z.B. Chen Wenli, Tochter von Chen Yun, zu den Top-Managern des Unternehmens. Venturetech ist das dritte Investmentunternehmen, das von der Zentralbank im Verlauf eines Jahres nach der Ausschaltung von China Agribusiness Development Trust geschlossen werden mußte. Die CVIC gilt als Arm des Ministeriums für Wissenschaft und Technologie und hat größere Anteile an dem in Hongkong notierten Unternehmen First Shanghai Investments, an dem Unternehmen China Assets Holdings und an Shen Yin Wanguo, Hongkong. Unklar ist noch, wie sich die Schließung der CVIC auf diese Unternehmen auswirken wird. (SCMP, 23.6.98; AWSJ, 23.u. 24.6.98)

Die Schließung von Venturetech hat die Diskussion über den rechtlichen Status der Kapitalanlagegesellschaften neu belebt. Insbesondere gibt es unterschiedliche Standpunkte hinsichtlich der Geschäfte, zu denen diese Unternehmen berechtigt sein sollen. Das derzeit in Vorbereitung befindliche Gesetz legt u.a. fest, welche Voraussetzungen ein Treuhand- und Investmentunternehmen erfüllen muß, um zugelassen zu werden. Dazu gehören ein registriertes Mindestkapital von 100 Mio. Yuan und eine Eigenkapitalquote von 5%. Fraglich ist, ob die rd. 240 bestehenden Kapitalanlagegesellschaften nach diesen Kriterien weiter fortbestehen könnten. (SCMP, 26.6.98) -schü-

26 Neue Vorgaben der Zentralbank für die Geschäftsbanken

Die Zentralbank plant nach Angaben von Shang Fulin, stellvertretender Zentralbankpräsident, eine Reihe von Maßnahmen zur Förderung kleiner und mittlerer Unternehmen (KMU) mit Krediten. Vor allem die Minsheng Bank of China als Privatbank, aber auch die staatseigenen Geschäftsbanken in den Städten und die Kreditgenossenschaften sollen hierbei eine entscheidende Rolle spielen. Kriterien bei der Kreditvergabe sollen marktfähige Produkte, Gewinnaussichten sowie Entwicklung und Nutzung neuer Technologien sein. Die Banken sollen ihre verschiedenen finanziellen Instrumente bei Krediten an KMU einsetzen, Lösungen bei Problemen mit Hypothekenkrediten und Kreditgarantien finden sowie insgesamt ihr Dienstleistungsangebot gegenüber diesen Unternehmen verbessern.

Statistiken der staatlichen Geschäftsbanken zufolge beliefen sich die ausstehenden Kredite von KMU Ende März 1998 auf 1,7 Billionen Yuan, ein Anteil von 38% an den gesamten offiziell ausstehenden Krediten. (XNA, 27.6.98)

Daß KMU verbesserten Zugang zu Krediten erhalten sollten, dafür plädierten in letzter Zeit eine Reihe bekannter Ökonomen in China. Diese Unternehmen spielten eine wichtige Rolle bei der Beschleunigung des Wirtschaftswachstums, sie benötigten weniger Kapital und schafften mehr Arbeitsplätze. (XNA, 16.6.98)

Nachdem die Zentralbank im letzten Monat Kreditrichtlinien für Geschäftsbanken vorgelegt und sie dazu aufgefordert hatte, ihre Kredite zur Ankurbelung der Konjunktur auszuweiten, geben die Banken nunmehr erste Details hierzu an. Nach einem Bericht der *Financial News* will die Agricultural Bank of China in diesem Jahr ihre Kredite für den landwirtschaftlichen Sektor um 11 Mrd. Yuan gegenüber dem Vorjahr (1997: 24 Mrd. Yuan) auf 35 Mrd. Yuan erhöhen. Vom Kreditvolumen soll ein Betrag von 25 Mrd. Yuan (1997: 20 Mrd. Yuan) für die Finanzierung der ländlichen Industrie bestimmt sein. Für den Immobiliensektor ist in diesem Jahr ein Kreditvolumen von rd. 20 Mrd. Yuan bestimmt.

Die Industrial and Commercial Bank of China will ein Volumen von 20 bis 30 Mrd. Yuan für den Bau von Straßen, von 25 Mrd. Yuan für den Post- und Telekommunikationssektor und von 10 Mrd. Yuan für die Eisenbahn bereitstellen. Weitere 30 Mrd. Yuan hat die Bank für den Immobiliensektor vorgesehen.

Die Bank of Communications plant, einen Betrag von 50 Mrd. Yuan für die Finanzierung von Infrastrukturprojekten zur Verfügung zu stellen. (SCMP, 24.6.98)

Die China Construction Bank hat ihre Kredite im 1. Quartal 98 auf 108,66 Mrd. Yuan erhöht (kein Vergleichswert vorhanden) und plant, wichtige staatliche Infrastrukturprojekte, die technologische Erneuerung von profitablen Unternehmen, die Wohnungsreform und die Entwicklung von High-Tech-Industrien zu fördern. (XNA, 5.5.98) Die State Development Bank weist Mitte Mai d.J. genehmigte Kredite in Höhe von 30,1 Mrd. Yuan auf, ein Anstieg um 28% gegenüber der Vorjahresperiode. Für das gesamte Jahr ist ein Volumen von 122,8 Mrd. Yuan (+11,7%) vorgesehen. Der Hauptteil der Kredite soll in den Ausbau der Eisenbahn, von Straßen, in den Agrarsektor, in die Forstwirtschaft, Wasserkonservierung, Umweltschutz und in andere Infrastrukturprojekte fließen. (XNA, 23.5.98)

Nach Angaben der *China Securities News* haben die Geschäftsbanken im 1. Quartal ihre Kredite für den Kauf von Wohnungen erhöht. Das Kreditvolumen der vier staatlichen Geschäftsbanken für Immobilienkäufe stieg um 834 Mio. Yuan auf 264,3 Mrd. Yuan in den ersten drei Monaten d.J. Insgesamt sollen die Banken 15% ihres Portfolios für Hypothekenkredite reservieren. Obwohl die Preise für Wohnungen gesunken sind, gibt es aufgrund der Spekulationswelle im Immobiliensektor in den letzten Jahren nach wie vor ein Überangebot. Sinkende Preise wirkten sich gleichfalls als Unsicherheit für Unternehmen im Bausektor aus, die neue Projekte in Angriff nehmen wollen. (AWSJ, 9.6.98)

Neben einer Erhöhung ihrer Kredite für Infrastrukturprojekte sollen die staatseigenen Geschäftsbanken jedoch auch von der Zentralbank dazu aufgefordert worden sein, Staatsunterneh-

men in finanziellen Schwierigkeiten mit Krediten zu unterstützen. Den Unternehmen soll mehr Umlaufkapital zur Verfügung gestellt werden, wenn sie marktfähige Produkte und Exportaufträge vorweisen können. (FT, 26.6.98)

Eine Kreditausweitung plant auch die Export and Import Bank of China (Exim Bank). So sollen in diesem Jahr 24,3 Mrd. Yuan als Exportkredite zur Verfügung gestellt werden, ein Anstieg um 60% gegenüber dem Vorjahr. (AWSJ, 25.6.98)

Hinsichtlich der wirtschaftlichen Situation der Banken in China wies die Ratingagentur Moody's in ihrem Bericht Ende Juni darauf hin, daß es aufgrund unzureichender Statistiken und Korruption unmöglich sei, die tatsächliche finanzielle Situation der Banken zu bewerten. Weiterhin erschwere die Zulassung neuer Banken den Reformprozeß insoweit, als die Gewinnbasis für die Banken reduziert würde; auch würde die Kreditbasis der Banken geschwächt werden, die bereits aufgrund der ausstehenden Kredite Probleme hätten. (IHT, 20./21.6.98) Moody's bezeichnete die chinesischen Banken als „in kritischer Weise schwach“; sie würden die wirtschaftliche Entwicklung behindern und das Vertrauen der Investoren untergraben. Die größte Herausforderung sei die hohe Insolvenzgefahr der staatseigenen Banken. (SCMP 20.6.98)

Die Ratingagentur Standard & Poor's ist ebenfalls kritisch bei der Bewertung der Banken. So wurden für die China Construction Bank aufgrund unangemessener Risikokontrolle und hohen Niveaus ausstehender Kredite die Bewertungen BBB langfristig und A-3 kurzfristig bestätigt. Im März hatte die Ratingagentur ihre Bewertung für Citic, Bank of China, Bank of Communication und Industrial and Commercial Bank of China von stabil zu negativ verändert. (SCMP, 11.6.98)

Eine andere Position vertritt der Chefökonom der Indosuez WI Carr, Michael Taylor. Seiner Einschätzung nach sei das chinesische Bankensystem nicht kurz vor dem Kollaps. Vielmehr sei sich die Regierung der schwerwiegenden Probleme bewußt und habe sich in den letzten fünf Jahren damit auseinandergesetzt. Während das Bankensystem in China hinsichtlich der Relation von Krediten zu Einlagen

sowie der Zinsen auf Einlagen und des allgemeinen Vertrauens in die Banken Fortschritte verzeichnen konnte, habe sich die Situation in den meisten südostasiatischen Ländern verschlechtert. Es sei bekannt, daß die Banken in China viele faule Kredite hätten, doch müsse gefragt werden, was die staatliche Politik sei und in welche Richtung sich die Banken entwickelt hätten. (SCMP, 7.5.98) -schü-

SVR Hongkong

27 Demonstrationen zum Gedenken an den 4. Juni 1998

Tausende Hongkonger haben trotz widriger Wetterbedingungen am 31. Mai und am 4. Juni an Demonstrationen zum Gedenken an die Opfer des 4. Juni 1989 teilgenommen. Auf der am 31. Mai von der „Hongkonger Allianz zur Unterstützung der patriotischen, demokratischen Bewegung in China“ veranstalteten Kundgebung wurde eine Neubewertung der damaligen Protestbewegung und eine Bestrafung der verantwortlichen Politiker gefordert. 2.700 (1997: 3.500) Hongkonger sollen nach Auskunft der Veranstalter an dem friedlichen Demonstrationzug teilgenommen haben, der vor dem Amtssitz des *Chief Executive* endete. Nach der Schlußkundgebung trugen Aktivisten der „Aktionsgruppe 5. April“ (diese Gruppe beruft sich auf das Datum einer großen Trauer- und Protestkundgebung in Beijing 1976) einen symbolischen schwarzen Sarg zum Sitz des Sonderbevollmächtigten des chinesischen Außenministeriums in Hongkong. (SCMP, 1.6.1998)

In strömendem Regen fand am 4. Juni die größte Gedenkkundgebung dieses Jahres statt, an der nach Auskunft der Organisatoren rund 40.000, nach Schätzungen der Polizei 16.000 Menschen teilnahmen (1997: 55.000). Während einer achtzigminütigen Gedenkwahe am Victoria Park wurde zur Neubewertung der Bewegung von 1989 und zum Kampf für ein demokratisches China aufgerufen. Wegen der heftigen Regenfälle wurde die Kundgebung um 40 Minuten verkürzt. Sze-to Wah, Vorsitzender der Hongkonger Allianz zur Unterstützung der patrio-